



Kritik an Ausschreibungen der Schulinformatik, die a priori Microsoft Windows verlangen

Immer wieder tauchen öffentliche Ausschreibungen auf, die von vornherein nur Angebote basierend auf Microsoft Windows zulassen. Besonders stossend ist dies bei Neubeschaffungen in der Schulinformatik, da nationale und internationale Beispiele zeigen, dass Linux eine echte Alternative darstellt. Nationalräte der Parlamentarischen Gruppe Digitale Nachhaltigkeit kritisieren die heutige Praxis und verlangen Änderungen.

Nach mehreren Beispielen aus der Vergangenheit beschafft nun mit Jegenstorf seit gestern eine weitere Berner Gemeinde ihre Schulinformatik neu. Mit der Beratung der Firma SYTEQ GmbH ist man dabei jedes Mal zum Schluss gekommen, dass Open Source Software keine Alternative zu Microsoft Windows darstellt und deshalb Angebote basierend auf Freier Software von vornherein ausgeschlossen sind:

„...Das Pflichtenheft wurde deshalb für die Windows- Plattform erstellt. Angebote aus der Apple Macintosh- und OpenSource-Umgebung sind nicht zugelassen...“ (Zitat Ausschreibung auf simap.ch, 2.9.2009¹)

Dies ist umso erstaunlicher, als einerseits der aktuelle Fall vor dem Bundesverwaltungsgericht² zeigt, dass eine derartige Vorwegnahme des Vergabeentscheids juristisch umstritten ist. Und andererseits, dass die Berner Regierung bereits vor bald zwei Jahren entschieden hat, den Einsatz von Open Source Software in Berner Schulen zu fördern. Die Motion von Marc Jost³ wurde damals in diesem Punkt von der Regierung selber gutgeheissen:

„...Die zunehmende Beachtung und Behandlung des Themas Open Source soll sicherstellen, dass sich die Studierenden und die Lehrpersonen ausreichend mit den Chancen eines OSS-Einsatzes befassen und damit auch die entsprechende Offenheit für diesen Aspekt in ihr berufliches Umfeld einbringen können...“ (Zitat Antwort des Regierungsrats, 12. September 2007⁴)

Edith Graf-Litscher, Nationalrätin SP Thurgau und Co-Präsidentin Parlamentarische Gruppe Digitale Nachhaltigkeit, bedauert die vergebene Chance: „Den Schülerinnen und Schüler wird durch diese Beschaffungspolitik die Chance weggenommen, zukünftig von der Vielfalt und den Gestaltungsmöglichkeiten einer Open Source Lösung zu profitieren.“ Und auch Gründungsmitglied der Gruppe Thomas Weibel, Nationalrat GLP Kt. Zürich fordert: „Besonders in Zeiten immer knapper ausfallender Steuererträge muss die öffentliche Hand auf allen Stufen sinnvolle Sparmöglichkeiten nutzen. Ich erwarte deshalb, dass die Beschaffung von kostengünstigen und zukunftssträchtigen Open Source Betriebssystemen und Software immer ernsthaft und gleichwertig in die Evaluation einbezogen wird.“

Die Parlamentarier fordern, dass der Wettbewerb im IT-Markt mit solchen Produktvorgaben nicht noch stärker verzerrt wird. Open Source Software ist weltweit in Schulen millionenfach im Einsatz – siehe bspw. Linux-Migrationen der Brasilianischen Schulen⁵ – und wird auch in der Schweiz an Genfer Schulen⁶ oder seit neustem in der Oberstufe Wynigen breit eingesetzt.

Sekretariat parlamentarische Gruppe Digitale Nachhaltigkeit

Swiss Open Systems User Group /ch/open, Postfach 2322, 8033 Zürich, www.digitale-nachhaltigkeit.ch

Matthias Stürmer, matthias.stuermer@ch-open.ch, +41 76 368 81 65

¹ <http://tinyurl.com/ausschreibungjegenstorf>

² <http://www.digitale-nachhaltigkeit.ch/2009/05/beschwerde-bundesverwaltungsgericht/>

³ <http://www.stuermer.ch/blog/political-push-for-open-source-software.html>

⁴ <http://tinyurl.com/regierungsrat2007>

⁵ <http://www.golem.de/0804/59307.html>

⁶ http://www.ossanschulen.ch/fileadmin/documents/2009Zuerich/Referat1_OSSinGenf.pdf